



IGB/TUAC PRIORITÄTEN DER GEWERKSCHAFTEN FÜR DIE MEXIKANISCHE PRÄSIDENTSCHAFT DER G20 IM JAHR 2012

Hintergrund	1
Arbeitsplätze als Basis für die Verhinderung einer Rezession	2
Rückkehr zur Regulierungsagenda für die Finanzmärkte und Mobilisierung von Ressourcen durch eine faire Besteuerung	4
Entwicklung und sozialer Basisschutz	5
Grüne Arbeitsplätze als Basis für nachhaltiges Wachstum	6
Governance und die G20	7

„Mexiko muss 2012 der Ort sein, an dem die Relevanz der G20 für die Bekämpfung der Rezession erneut bekräftigt wird, mit Beschlüssen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zur Ankurbelung der Beschäftigung, zur Ausweitung der Finanzmarktregulierung und zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer, zur Durchsetzung eines sozialen Basisschutzes und zur Förderung der Entwicklung, zur Auseinandersetzung mit dem Klimawandel und zur Förderung eines nachhaltigen Wachstums sowie zur Verwirklichung eines demokratischeren und gerechteren Weltordnungssystems.“

Hintergrund

1 Die Staats- und Regierungschefs der G20 haben in Cannes eingeräumt, dass „die globale Konjunkturerholung nachgelassen hat, vor allem in fortgeschrittenen Ländern, und die Arbeitslosigkeit auf einem inakzeptablen Stand verharrt.“ Der Ende November veröffentlichte OECD-Wirtschaftsausblick macht die reale Gefahr einer erneuten Rezession deutlich, wobei die Wachstumsprognosen inzwischen praktisch täglich nach unten korrigiert werden. Das unverantwortliche Verhalten und die Habgier der Finanzmärkte, die größtenteils für die Rezession verantwortlich waren, wurde jedoch immer noch nicht eingedämmt; die Ungleichheiten zugunsten der 1% oder sogar mehr an der Spitze nehmen weiter zu, während die Staatsschuldenkrisen den Euro immer stärker unter Druck setzen und ein Umfeld schaffen, in dem praktisch feststeht, dass die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen wird. Dies wirkt sich auch auf die Schwellenländer in der G20 aus, die sich bei der Suche nach Arbeitsplätzen für Millionen Jugendliche besonderen sozialen Spannungen gegenübersehen. Zudem besteht für die 1,4 Milliarden Frauen und Männer, die in extremer Armut leben, vor dem Hintergrund einer globalen wirtschaftlichen Stagnation kaum Aussicht auf eine Verbesserung ihrer Situation.

2 Viele Regierungen und Institutionen in aller Welt scheinen jedoch einen Weg eingeschlagen zu haben, der die Ungleichheiten und die Arbeitslosigkeit

weiter verschärfen wird. Die Gewerkschaftsrechte sind von ganz verschiedenen Seiten unter Beschuss geraten, wobei die OECD, der IWF und die Europäische Kommission weiterhin auf eine größere „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes drängen und dadurch die Bedingungen für eine Zunahme der Einkommensungleichheit schaffen, die bereits zum Ausbruch der Krise beigetragen hat. Dadurch besteht die Gefahr, dass den Volkswirtschaften der G20 die positiven Auswirkungen höherer Löhne auf die Nachfrage entgehen und das Fundament für weitere soziale Spannungen und Konfrontationen geschaffen wird.

3 Beim G20-Gipfel 2010 in Toronto kam es zu einer verfrühten Abkehr von wachstumsfördernden Maßnahmen zugunsten von fiskalischer Kontraktion. Das hat zum Wachstumseinbruch und zu dem Teufelskreis aus steigender Arbeitslosigkeit, zunehmenden Defiziten und schwindendem Vertrauen beigetragen. In Cannes enthielten das Kommuniqué und die Erklärung eine gewisse Verpflichtung zu Wachstum und Beschäftigung. Die Spitzen der G20 erklären dort: *„Wir sind der festen Überzeugung, dass Beschäftigung und soziale Inklusion im Mittelpunkt unserer Maßnahmen und Strategien zur Wiederherstellung des Wachstums und des Vertrauens stehen müssen.“*

4 Mexiko muss 2012 der Ort sein, an dem die Relevanz der G20 für die Bekämpfung der Rezession erneut bekräftigt wird, mit Beschlüssen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zur Ankurbelung der Beschäftigung, zur Ausweitung der Finanzmarktregulierung und zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer, zur Durchsetzung eines sozialen Basisschutzes und zur Förderung der Entwicklung, zur Auseinandersetzung mit dem Klimawandel und zur Förderung eines nachhaltigen Wachstums sowie zur Verwirklichung eines demokratischeren und gerechteren Weltordnungssystems.

Arbeitsplätze als Basis für die Verhinderung einer Rezession

- 5 Prioritär muss es darum gehen, die Bemühungen um die Erhöhung der Nachfrage zu koordinieren, um eine Rezession zu verhindern, das Wachstum wiederherzustellen und die Beschäftigung zu erhöhen. Die G20 sollte:
- ein Moratorium für die in Toronto zum Ziel gesetzte Halbierung der Haushaltsdefizite aussprechen;
 - sicherstellen, dass die staatlichen Ausgaben auf Maßnahmen zur kurzfristigen Erhöhung der Nachfrage ausgerichtet sind, einschließlich abgestimmter Investitionen in Arbeitsbeschaffungsprogramme angesichts der positiven Auswirkungen von Löhnen und Tarifverhandlungen auf die Gesamtnachfrage;
 - steuerliche Maßnahmen ergreifen, die eine Konjunkturerholung fördern und so konzipiert sind, dass sie in größtmöglichen Umfang zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen;
 - die Beschäftigung zu einem formellen Indikator im Prozess gegenseitiger Bewertungen für ein „starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum“ machen;
 - sicherstellen, dass die von der G20 erbetenen beschäftigungsrelevanten Empfehlungen von IAO/OECD/IWF/Weltbank mit der Agenda für menschenwürdige Arbeit und dem Globalen Beschäftigungspakt vereinbar sind sowie einen sozialen Dialog auf nationaler Ebene beinhalten, um das Wachstum durch die Erhöhung der Löhne, die Ausweitung des Sozialschutzes, grüner Arbeitsplätze, von Bildung und Ausbildung und den Abbau des geschlechtsspezifischen Lohn- und Gehaltsgefälles anzukurbeln – und nicht durch die Deregulierung der Arbeitsmärkte, die zu der Krise beigetragen hat;

- mit Blick auf eine maximale Kohärenz der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik beschließen, dass die Finanzminister der G20 anlässlich der 3. Konferenz der G20- Arbeits- und Beschäftigungsminister im April/Mai 2012 eine gemeinsame Konferenz mit den Arbeitsministern der G20 abhalten.
- 6** Bei der 3. Konferenz der Arbeits- und Beschäftigungsminister wird der erste umfassende Bericht der G20-Task Force für Beschäftigungsfragen vorgelegt werden, mit Schwerpunkt auf Jugendbeschäftigung. Es sollte u.a. Folgendes empfohlen werden:
- ein „Jugendbeschäftigungspakt“ der G20, der Jugendlichen gute Arbeit und einen Ausbildungsplatz garantieren würde, nachdem sie ihre formale Bildung abgeschlossen haben;
 - ein Dialog auf nationaler Ebene, um die berufliche Bildung und Ausbildung für Jugendliche sowie Qualifizierungsmaßnahmen, entweder auf Vollzeitbasis oder in Verbindung mit einer Beschäftigung zu entwickeln;
 - Ausbildungs- und gute Praktikumsprogramme, in Verbindung mit Anreizen für die Beschäftigten und die Arbeitgeber, sie effizient zu gestalten;
 - Arbeitsplatzgarantien für Jugendliche; auf Jugendliche ausgerichtete aktive Arbeitsmarktprogramme; soziale Sicherheitsnetze zur Unterstützung Jugendlicher.
- 7** Bei der 3. Konferenz der Arbeits- und Beschäftigungsminister müssen angesichts der sich verschärfenden Krise und als Grundlage für ihre Empfehlungen an die Finanzminister der G20 und anschließend an die Staats- und Regierungschefs der G20 zudem rasche Antworten gegeben werden:
- Es sollten positive Beispiele für die Schaffung guter Arbeitsplätze betrachtet werden, im Gegensatz zu den negativen Auswirkungen der Empfehlungen des IWF und der Europäischen Kommission auf die Arbeitsbedingungen in den Krisenländern Europas.
 - Es sollte eine dynamische Agenda für die G20-Task Force in Rücksprache mit den Sozialpartnern festgelegt werden, um 2012/2013 die Erfahrungen mit erfolgreichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in verschiedenen G20-Ländern zu analysieren, damit sie bei der Krisenreaktion auf andere Länder übertragen werden können, auch in Bezug auf die sozialen Spannungen und die wirtschaftlichen Einbußen infolge von Langzeitarbeitslosigkeit.
 - Die Task Force sollte den Auftrag erhalten, Möglichkeiten zu prüfen, um den Frauenanteil an der Erwerbsbevölkerung zu erhöhen, wie in Cannes befürwortet.
 - Die Task Force sollte angewiesen werden, mit einem Arbeitsprogramm zu beginnen, um der Zunahme prekärer und irregulärer Tätigkeiten Einhalt zu gebieten, die die Konjunkturerholung untergräbt. Ferner sollte geprüft werden, wie die langfristigen sozialen und wirtschaftlichen Kosten des Wachstums der informellen Wirtschaft durch einen Prozess der Formalisierung bewältigt werden können.
 - Wie in den Schlussfolgerungen von Cannes festgestellt, sollte die Task Force prüfen, wie ältere Beschäftigte am Erwerbsleben beteiligt werden können.
 - Die Task Force sollte sich in den Jahren 2012/2013 zudem in Rücksprache mit den Sozialpartnern mit einer Reihe weiterer dringender Beschäftigungsfragen befassen, einschließlich der Frage, wie die Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt reduziert werden kann,

wie erfolgreiche Berufsbildungs- und Ausbildungspraktiken angewandt werden können, wie grüne Arbeitsplätze und Qualifikationen gefördert werden können, wie beschäftigungsintensive Infrastrukturinvestitionen unterstützt werden können, wie die besten Erfahrungen im Bereich des Arbeitsschutzes ausgetauscht werden können, wie die Systeme der sozialen Sicherheit ausgeweitet und vertieft werden können.

8 Die Gewerkschaften werden im Juni 2012 in Los Cabos, Mexiko, erneut im Rahmen ihres eigenen Gipfels („Labour-20“, kurz L20) zusammentreffen:

- Die Konsultationsverfahren müssen in Mexiko im Einklang mit der in der Erklärung von Cannes enthaltenen Verpflichtung zur Einbeziehung der Sozialpartner weiterentwickelt werden („Überzeugt von der unerlässlichen Rolle des sozialen Dialogs, begrüßen wir die Ergebnisse der B20 und der L20 sowie deren gemeinsame Erklärung“).
- Die Sozialpartner sollten in Mexiko die Möglichkeit einer direkten Vertretung und Interaktion mit den Staats- und Regierungschefs der G20 haben, als Grundlage für eine sinnvolle und realitätsbezogene Diskussion über die Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seitens der politischen Spitzen.

Rückkehr zur Regulierungsagenda für die Finanzmärkte und Mobilisierung von Ressourcen durch eine faire Besteuerung

9 Die Regierungen müssen die internationale Zusammenarbeit und die regionalen Ordnungsprozesse ausweiten, um die fiskalpolitische Situation durch die kollektive Unterstützung gefährdeter Länder in den Griff zu bekommen, wie z.B. durch folgende Maßnahmen:

- Die Exposition der Regierungen gegenüber den Gefahren und Eventualverbindlichkeiten im Bankensektor wird – durch ausdrückliche und implizierte staatliche Garantien – wieder auf das Vorkrisenniveau zurückgefahren.
- Die Schulden privater Haushalte werden bei Bedarf durch staatliche Interventionen umgeschuldet, u.a. durch die Reduzierung privater Hypotheken in Ländern, in denen die Immobilienpreise eingebrochen sind.
- Der staatliche Schuldendienst wird in der gesamten G20 wieder auf ein tragbares Niveau gebracht, u.a. durch kollektive Aktionen wie die Emission von „Eurobonds“.
- Die Europäische Zentralbank muss eine größere Rolle bei der Stützung des Euro übernehmen.

10 Hinsichtlich der Erklärungen von Cannes bezüglich Steuerfragen und der Finanztransaktionssteuer muss noch mehr getan werden, um die Finanztransaktionssteuer angesichts ihrer in zweifacher Hinsicht positiven Wirkung (Besteuerung unproduktiver Spekulationsgeschäfte und Mobilisierung zusätzlicher staatlicher Ressourcen) auf unterschiedlichen Ebenen weiterzuentwickeln:

- Der IWF und der FSB sollten die Auswirkungen der Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf globaler, regionaler (einschließlich europäischer) und nationaler Ebene analysieren und denjenigen Ländern, die sich für diese Steuer entscheiden, technische Unterstützung anbieten.
- Die G20 sollte die Einführung der Finanztransaktionssteuer auf globaler, regionaler und nationaler Ebene unterstützen.

11 Die G20 muss die Umsetzung ihres Aktionsplans zur Finanzmarktregulierung beschleunigen und intensivieren, u.a. durch:

- die Einführung einer gesetzlichen Haftung von Ratingagenturen und die Verminderung der Abhängigkeit von ihren Ratings bei der offiziellen Schuldenberechnung;
- die Inkraftsetzung des Basel-II- und Basel-III-Rahmenwerks für eine angemessene Eigenkapitalausstattung der Banken in allen G20-Ländern und die Beseitigung von Regulierungsarbitrage durch eine wirksame Regulierung der „Schattenbanken“ (der außerbilanziellen Bankgeschäfte und privater Kapitalpools);
- Beschränkungen für die Größe und die Komplexität von Finanzkonglomeraten, einschließlich einer obligatorischen Trennung von Geschäftsbankenaktivitäten und Investmentbanking;
- die Verlagerung aller gegenwärtig außerbörslich (OTC) gehandelten standardisierten Derivate an organisierte Börsen und die strengere Regulierung der verbleibenden nicht standardisierten OTC-Derivate;
- die Verhinderung von Lebensmittelpreisspekulationen, indem Positionsgrenzen für die Geldbeträge festgelegt werden, die die Händler jederzeit investieren können, sowie durch die Ergreifung ähnlicher Maßnahmen zur Eindämmung kurzfristiger Geschäfte auf anderen Märkten, die Überprüfung der Funktionsweise der Märkte für Kreditausfallversicherungen, die sogenannten Credit Default Swaps, und das Verbot des Hochfrequenzhandels;
- die Einführung wirksamer Mechanismen für Konsultationen zwischen dem Finanzstabilitätsrat (FSB) und den Gewerkschaften sowie anderen Vertretern der Zivilgesellschaft;
- die Aufwertung der Normen des Globalen Forums der OECD für Steuertransparenz, indem für einen automatischen Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden gesorgt wird, sowie durch die Verhängung von Sanktionen gegen Länder, die „Phase 1“ des Überprüfungsprozesses des Forums nicht bestanden haben.

Entwicklung und sozialer Basisschutz

12 Ein sozialer Basisschutz wurde von der G20 in Cannes begrüßt und sollte jetzt mit folgenden Maßnahmen eingeführt werden:

- Ausarbeitung eines Aktionsplans der G20 zur Unterstützung der Einführung eines sozialen Basisschutzes auf nationaler Ebene;
- Sicherstellung, dass über die G20 selbst, die Weltbank und die multilateralen Entwicklungsbanken die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden;
- Einführung eines organisationsübergreifenden Verfahrens unter Beteiligung aller relevanten UN-Einrichtungen, der IFI und regionaler Organisationen, um die Verwirklichung eines sozialen Basisschutzes auf globaler, regionaler und nationaler Ebene zu fördern, wie im Bachelet-Bericht der UN empfohlen;
- Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen der IAO und dem IWF zur Unterstützung der Länder bei der Schaffung des fiskalpolitischen Spielraums für die Einführung eines sozialen Basisschutzes;
- Unterstützung einer selbst gewählten Gruppe von Pilotländern bei der beschleunigten Einführung eines sozialen Basisschutzes mithilfe aller relevanten internationalen Organisationen;
- umfassende Integration des Konzeptes eines sozialen Basisschutzes in die Sozialschutzstrategie der Weltbank 2012-2020;
- Unterstützung des Vorschlages, dass alle Regierungen als Minimum

bis 2020 einen sozialen Basisschutz auf der Grundlage der relevanten IAO-Normen eingeführt haben sollten.

13 Im Einklang mit der G20-Erklärung von Cannes, wonach „die von den Industrieländern gemachten Hilfszusagen eingehalten werden sollten“:

- müssen die G20-Länder ihre Zusagen hinsichtlich der offiziellen Entwicklungshilfe bekräftigen und ausweiten, um prioritär die MDGs zu erreichen;
- müssen sie ihre Zusagen bezüglich eines Zugangs zur Vorbeugung und Behandlung von HIV und Aids für alle einhalten, um vor allem die Verbindung zwischen Armut und erneuter wirtschaftlicher Unsicherheit sowie erhöhten HIV-Übertragungsraten zu durchbrechen;
- sollte die G20 die vollständige Umsetzung der Schlussfolgerungen des 4. Hochrangigen Forums zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Busan (November 2011) unterstützen.

14 Die laufende Arbeit der G20 in Bezug auf Investitionen im Rahmen des in Seoul erteilten Auftrages an IAO, OECD, UNDP, UNCTAD und die Weltbank, gemeinsame Empfehlungen auszusprechen, um private Investitionen zu maximieren und den Regulierungsrahmen für aus- und inländische Investitionen zu unterstützen, muss auf den maßgebenden internationalen Instrumenten in diesem Bereich basieren, d.h. auf den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen, den vom UN-Menschenrechtsrat im Juni 2011 verabschiedeten Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und der Dreigliedrigen Grundsatzerklärung der IAO über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik.

Grüne Arbeitsplätze als Basis für nachhaltiges Wachstum

15 Die G20-Regierungen sollten auf dem Ergebnis der COP17 in Durban aufbauen, sowohl mit Blick auf die Rio+20-Konferenz über nachhaltige Entwicklung als auch hinsichtlich der COP18 im Dezember 2012, indem sie folgenden Prioritäten bestätigen:

- Durchsetzung eines erfolgreichen multilateralen Abkommens über die Schaffung einer rechtsverbindlichen Architektur für den Klimaschutz, um den Temperaturanstieg auf weniger als 2°C zu begrenzen und dessen Senkung auf 1,5°C zu erwägen;
- Konkretisierung des *Green Climate Fund*, einschließlich finanzieller Zusagen, um dies zu ermöglichen;
- menschenwürdige Arbeit und Gewerkschaftskonsultationen als Kernstück der Bemühungen um einen gerechten Übergang als Reaktion auf den Klimawandel.

16 Der G20-Gipfel, der unmittelbar vor dem Rio+20-Gipfel stattfindet, sollte die Regierungen ermutigen, sich in Rio zu Folgendem zu verpflichten:

- einer Vereinbarung über die Prinzipien der grünen Wirtschaft, die Folgendes beinhalten müssen: soziale Gleichstellung, die Gleichstellung der Geschlechter, menschenwürdige Arbeit und Gewerkschaftsrechte, Demokratie und einen gerechten Übergang für die Beschäftigten;
- einer selbst eingegangenen Verpflichtung der einzelnen Länder zu Zielgrößen für menschenwürdige und grüne Arbeitsplätze, die in den nächsten fünf bis zehn Jahren erreicht werden sollen, einschließlich Begleitmaßnahmen zur Schaffung menschenwürdiger Arbeit;
- Bemühungen um die Einrichtung einer UN-Umweltorganisation mit umfassenden Befugnissen und starker Autorität sowie zur Einsetzung eines Rates für nachhaltige Entwicklung.

Governance und die G20

17 Die G20 muss dafür sorgen, dass sie an Legitimität gewinnt und relevant bleibt:

- Sie sollte ihre Arbeit an einer neuen globalen Norm für die Schlüsselwerte und Prinzipien zur Förderung nachhaltiger Wirtschaftstätigkeiten mittels einer Charta für nachhaltiges Wirtschaften, einschließlich einer Agenda für menschenwürdige Arbeit, wieder aufnehmen, um die globalen Märkte auf eine normative Grundlage zu stellen.
- Sie sollte den sozialen Dialog und die Konsultationen auf nationaler und internationaler Ebene ausbauen, um eine wirksame Einhaltung dieser politischen Zusagen zu gewährleisten.
- Die G20 sollte für eine Kohärenz der Wirtschafts-, Handels, Sozial- und Umweltpolitik auf nationaler, regionaler und globaler Ebene sorgen, unter enger Beteiligung der IAO, des IWF, der Weltbank, der WTO, der OECD und der relevanten UN-Organisationen, um zu bewerten, inwieweit ihre Analysen während und nach der Krise mit den IAO-Normen und den Zielen des Globalen Beschäftigungspaktes vereinbar sind. Dies sollte in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern erfolgen.



